

Linz, am 19.03.2025

EU-Agrarbudget und Zuckerproduktion absichern

Der OÖ Bauernbund fordert im Zuge der morgigen Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ unter anderem: Beibehaltung eines eigenständiges EU-Budgets für eine funktionierende Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Absicherung der österreichischen Zuckerproduktion.

Bekanntgewordene Vorschläge der EU-Kommission sehen eine Neustrukturierung des EU-Budgets und eine Zusammenführung der Agrarfinanzierung mit anderen Fördertöpfen zu einem gemeinsamen Fonds vor. Mit der Übertragung von mehr Verantwortung an die Mitgliedsstaaten sollten diese auch ausschließlich über die Mittelverteilung zwischen den Wirtschaftssektoren entscheiden. Mit der vorgeschlagenen Zusammenführung geht speziell für Österreich die Gefahr einher, dass künftig weniger GAP-Gelder der EU zur Verfügung stehen könnten. Zudem würde damit auch eine Verschlechterung der österreichischen Nettozahlerposition drohen.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ pocht daher auf einer Beibehaltung eines eigenständigen GAP-Budgets im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Der Vorschlag, die EU-Ausgaben innerhalb eines einzigen Fonds umzuverteilen wird mit allem Nachdruck abgelehnt. Mit der drohenden Umverteilung könnten die Stabilität und Leistungsfähigkeit der EU-Agrar- und Lebensmittelkette erheblich gefährdet werden.

„Wir fordern daher das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Finanzen und das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Klima, Regionen und Wasserwirtschaft auf, sich bei den anstehenden EU-Verhandlungen für einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen und für eine neue Gemeinsame Agrarpolitik im Zeitraum ab 2028 konsequent für eine Beibehaltung der bisherigen EU-Agrarfinanzierung einzusetzen. Aufgrund der zuletzt massiv gestiegenen Inflation ist zudem dringend eine entsprechende Valorisierung der EU-Agrargelder für den anstehenden mehrjährigen Finanzrahmen im Zeitraum 2028 bis 2034 erforderlich“, betont OÖ Bauernbund-Fraktionsobfrau LK-Vizepräsidentin Rosemarie Ferstl.

Zuckerproduktion absichern und Standort ausbauen

Mit der festgelegten Schließung der Zuckerfabrik Leopoldsdorf geht eine erhebliche Einschränkung der Zuckerrübenproduktion in Österreich einher. Die tägliche Verarbeitungskapazität sinkt mit der Schließung von bisher 25.000 auf nunmehr 13.000 Tonnen Zuckerrüben. Damit ergibt sich ein massiver Einschnitt für die heimische Zuckerproduktion.

„Eine dauerhafte Absicherung der Versorgung der heimischen Bevölkerung mit Zucker aus österreichischen Zuckerrüben muss mit einem Ausbau und Modernisierung der Zuckerfabrik Tulln einhergehen, damit ausreichend Zuckerrüben für die Inlandsversorgung verarbeitet werden können. Weiters müssen auch die Lieferrechte erhalten bleiben. Der Zuckerrübenanbau verteilt sich basierend auf den Lieferrechten auf die verschiedenen Ackerbauregionen in Österreich. Bei der notwendigen Reduktion der Zuckerrübenanbaufläche darf es keinesfalls zu einseitigen Belastungen von entfernteren Gebieten zum Verarbeitungsstandort kommen“, so Ferstl.

Europäischen und österreichischen Zuckermarkt schützen

Das Abschließen weiterer Freihandelsabkommen und die aktuellen zollfreien Importe aus der Ukraine gefährden die heimische Zuckerproduktion immer mehr. Das geplante Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten würde zu einem enormen zusätzlichen Mengendruck bei Zucker führen.

„Die landwirtschaftlichen Produktionsstandards sind in der EU und besonders in Österreich gegenüber EU-Drittstaaten beträchtlich höher. Das heißt: Der in die EU importierte Zucker wird überwiegend zu weitaus niedrigeren Produktionsstandards erzeugt als in Europa. Die EU-Kommission ist daher aufgefordert Vorschläge vorzulegen, die sicherstellen, dass künftig nur mehr Zucker mit gleichen Produktionsstandards wie in der EU in den EU-Binnenmarkt importiert werden dürfen. Außerdem fordert die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ die Bundesregierung mit Nachdruck auf, sich auf EU-Ebene gegen weitere Freihandelsabkommen mit Zugeständnissen beim Import von Zucker und eine möglichst umgehende Einstellung der Importe aus der Ukraine einzusetzen“, erklärt Bauernbund-Fraktionsobfrau Ferstl.

+++

Rückfragenhinweis:

DI Michael Harant, BEd BSc

+43 732 773866 - 811

+43 664 8326212

michael.harant@ooe.bauernbund.at